

Wirtschaftspolitik neu denken: Schritte zur Dekolonisierung



WESTLICHE
(DOPPEL)MORAL

DECOLONIZE
BERLIN

Abstract

Wirtschaftspolitik zu dekolonisieren ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Schon wegen der langen Geschichte von gewaltvoller Ausbeutung müssen wir zuerst historische Gerechtigkeit über Reparationen für Versklavungshandel und Kolonialismus, Landrückgaben und Klimareparationen herstellen. Da die aktuellen Wirtschaftsbeziehungen zu immensen Finanztransfers aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden führen, muss dieses fortwährend Ungleichheit produzierende Wirtschaftssystem von Grund auf überholt werden. Solche ‚systemischen Reparationen‘ würden Wirtschaftspolitik nach kosmopolitischen Werten ausrichten und der kolonialen Prägung der Weltwirtschaft entgegenwirken. Entsprechende politische Ziele, die die Wirtschaftspolitik anvisieren sollte, sind Ernährungssouveränität, Energiesouveränität, sozialökologische Transformation, demokratische wirtschaftspolitische Institutionen, lokale und globale öffentliche Güter, Geld- und Währungssouveränität, starke transnationale Koalitionen und Bewegungsfreiheit.

Zu den Autor*innen

Fiona Faye promoviert zu der Rolle von Handels- und anderer Wirtschaftspolitik im Projekt der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in Burkina Faso unter der Präsidentschaft von Thomas Sankara (Uni Kassel). Sie hat einen M.A. in ‚Global Political Economy and Development‘, einen B.A. in ‚Geographische Entwicklungsforschung Afrikas‘ und VWL und ist beim transnationalen Netzwerk *afrique-europe-interact* sowie für das Online-Archiv *thomassankara.net* aktiv.

Aram Ziai leitet das Fachgebiet ‚Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien‘, das *Global Partnership Network* (eines der vom BMZ geförderten Zentren für Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit) sowie das MA-Programm *Global Political Economy and Development* an der Uni Kassel. Er hat in Politikwissenschaft zur globalen Strukturpolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998 bis 2005 habilitiert und ist Mitglied bei ‚*kassel postkolonial*‘ und bei der Bundeskoordination *Internationalismus* aktiv.

Vorwort

“We need to ask the moral questions: Do I have a right to be rich? And do I have a right to be content living in a world with so much poverty and inequality? These questions motivate us to view the issue of inequality as central to human living.”

AMARTYA SEN

Warum ist eine dekoloniale Wirtschaftspolitik notwendig? Und warum ist es wichtig, dass dekoloniale Wirtschaftspolitik in Deutschland, im Globalen Norden diskutiert wird?

Die Antwort ist einfach: Der Reichtum des Globalen Nordens beruht auf Imperialismus, Versklavungshandel und neokolonialen globalen Strukturen. Die entscheidende Frage ist, wie dekoloniale Wirtschaftspolitik in einer kapitalistischen Welt aussehen kann. Im Kern geht es darum, wie die koloniale Vergangenheit und deren Nachwirkungen aufgearbeitet werden können, um wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten abzubauen. Wie müssen die Voraussetzungen aussehen, um in einer globalisierten Welt die kolonialen Kontinuitäten des Wirtschaftssystems zu überwinden?

Fiona Faye und Aram Ziai zeichnen ein schonungsloses Bild dieser Realität: von der Tatsache, dass der Globale Süden den Globalen Norden finanziert anstatt umgekehrt bis hin zur Rolle internationaler Institutionen wie der WTO, die neokoloniale Strukturen fördern. Sie machen klar, dass die bestehenden Machtverhältnisse aufrechterhalten werden, weil sie bequem und lukrativ für den Globalen Norden sind. Der Reichtum im Globalen Norden ist nur möglich durch die Armut im Globalen Süden. Der Lebensstandard in Deutschland geht auf Kosten anderer, die die ökonomischen, ökologischen und gesundheitlichen Kosten des Lebensstils in Deutschland tragen.

Denn die moderne Weltwirtschaft basiert auf einem kolonialen Erbe, das sich rassistischer Theorien bediente, um Versklavung, Ausbeutung und Landnahme zu rechtfertigen und die Ressourcen der Kolonien für den Aufbau von Industrien und die Anhäufung von Reichtum zu nutzen. Die Geschichte des Imperialismus, des Kapitalismus und der Globalisierung ist somit eng mit der kolonialen Ordnung und der rassistischen Ideologie verbunden, die noch heute die weltweiten sozialen und globalen Beziehungen prägen.

Dass die Forderung nach Reparationen immer lauter wird, zeigt sowohl die Caribbean Reparations Commission¹ als auch die Afrikanische Union, die das Jahr 2025 zum Jahr der „Gerechtigkeit für Afrika durch Reparationen“ erklärt hat.

Gleichzeitig liefern die Autor*innen in diesem Gutachten eine Vielzahl von Antworten auf die Frage, welche Schritte notwendig sind, um neokoloniale Wirtschaftsstrukturen aufzubrechen. Sie fordern ein radikales Umdenken, das von kosmopolitischen Werten und nicht von nationalistischen oder geopolitischen Interessen geleitet ist, und bleiben nicht bei der Analyse stehen. Das Gutachten liefert konkrete Lösungen, die den Weg zu einer dekolonialen Wirtschaft ebnen können. Dazu gehören:

- Reparationen für die historischen Verbrechen
- Schuldenerlass sowie eine Reform des internationalen Schuldenregimes
- ein systemischer Umbau der Weltwirtschaft („systemische Reparationen“)
- Bewegungsfreiheit für alle

¹ <https://caricomreparations.org/>

- gerechte Handelsabkommen und -regeln
- transnational solidarische und ökologische Werte als Grundlage von wirtschaftlichen Beziehungen

Grundsätzlich gilt: Um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, muss der Ressourcenverbrauch im Globalen Norden drastisch reduziert und Raum für die Schaffung guter Lebensbedingungen im Globalen Süden geschaffen werden. Konkret heißt das, Energie- und Ernährungssouveränität, öffentliche Güter stärken, wie den Zugang zu Bildung und Gesundheit, Patentfreiheit, Geld- und Währungssouveränität, und starke Bündnisse für systemische Reparationen.

Das Aufbrechen der Single Story von „Entwicklung“ und Industrialisierung ist dabei essenziell – denn die epistemische Macht der ehemaligen Kolonialmächte hat es geschafft, ein Narrativ zu verbreiten, in dem offene Märkte angeblich zu wirtschaftlichem Wohlstand führen, während in Wirklichkeit Protektionismus die Grundlage für die Industrialisierung des Globalen Nordens war.

Gleichzeitig bedeutet es auch, dass insbesondere die Perspektiven von Menschen aus dem Globalen Süden nicht länger entinnert, entlernt werden dürfen – sondern gehört werden müssen, um neue Konzepte für ein gemeinsames Leben auf dem Planeten Erde zu ermöglichen, indem nicht rassistische, patriarchale Ausbeutungsverhältnisse ein gutes Leben für wenige ermöglichen, sondern alle Menschen ein gesundes Leben führen können.

Das viele Menschen weltweit für das Aufbrechen von neokolonialen (Wirtschafts-)Beziehungen kämpfen, machen die beiden Autor*innen Fiona Faye und Aram Ziai durch die zahlreichen Beispiele deutlich, die sowohl aktivistische als auch politische Verantwortung aufzeigen.

Das Gutachten zeigt, dass Wandel nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch lokal möglich ist. Berlin könnte eine Vorreiterrolle einnehmen – durch faire Beschaffungsregeln, soziale und ökologische Standards in der Außenwirtschaftsförderung, die Blockade von ungerechten Handelsabkommen und den Einsatz für Schuldenerlass auf Bundesebene. Diese Maßnahmen können den Grundstein für eine gerechtere Weltwirtschaft legen.

Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin

Inhalt

1.	Einleitung	10
2.	Historische wirtschaftliche Gerechtigkeit schaffen	14
2.1	Reparationen für Versklavung und Kolonialismus	15
2.2	Landrückgabe	16
2.3	Klimareparationen	17
3.	Gegenwärtige Wirtschaftsbeziehungen dekolonisieren	18
3.1	Der Globale Süden finanziert den Globalen Norden	18
3.2	Systemische Reparationen	23
3.3	Prinzipien einer dekolonial ausgerichteten Wirtschaftspolitik	25
3.4	Politische Ziele einer dekolonial ausgerichteten Wirtschaftspolitik	27

3.4.1	Ernährungssouveränität als Pfeiler neuer Handelsregeln	27
3.4.2	Energiesouveränität statt grüner Neokolonialismus	31
3.4.3	Sozialökologische Transformations- bzw. Industrialisierungspolitik	32
3.4.4	Demokratische wirtschaftspolitische Institutionen	34
3.4.5	Lokale und globale öffentliche Güter statt Privatisierungen und Patente	36
3.4.6	Geld- und Währungssouveränität	40
3.4.7	Starke transnationale Koalitionen für systemische Reparationen	41
3.4.8	Bewegungsfreiheit	42
4.	Fazit	46
	Quellen / Literatur	48
	Impressum	54



1 Einleitung

Die aktuellen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Globalen Norden¹ und dem Globalen Süden können nicht dekolonisiert werden, ohne dass zunächst historische wirtschaftliche Gerechtigkeit geschaffen wird. Der Ist-Zustand der globalen Verteilung von Reichtum und Armut ist zu tief in der

¹ Die Begriffe Globaler Norden und Globaler Süden beziehen sich auf historisch gewachsene, strukturell gewordene Machtasymmetrien und damit einhergehend Ungleichheit in wirtschaftlichem Wohlstand zwischen den ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika (Globaler Süden) und den ehemaligen Kolonialstaaten und Siedlungskolonien in Europa, Nordamerika und Australien (Globaler Norden). Es handelt sich um eine Vereinfachung, die weder die Armut im Norden noch den Reichtum im Süden und Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaften verdecken darf.

ausbeuterischen Geschichte von Versklavung und Kolonialismus sowie darauf folgend in neokolonialen² Ausbeutungsstrukturen verwurzelt, um ignoriert werden zu können. Allein die 100 Millionen Kilo Silber, die bis zum frühen 19. Jahrhundert aus Lateinamerika nach Europa geflossen sind, würden heute (mit historisch durchschnittlichen Zinsen) einen Wert von rund 165.000 Milliarden US-Dollar haben (Hickel 2017, S. 71) – weit mehr als das globale BIP. Dementsprechend braucht es auf der einen Seite Reparationen, die Rückgabe von Ländereien sowie die Beendigung aktueller kolonialer Beziehungen. Auf der anderen Seite müssen bis heute andauernde neokoloniale Wirtschaftsbeziehungen gestoppt werden. Nicht zuletzt fließen nach wie vor mehr Gelder vom Globalen Süden in den Globalen Norden als umgekehrt. Hieran beteiligt sind internationale Finanzinstitutionen und Regelwerke, nationale Regierungen, bi- und multinationale Abkommen sowie multinationale Unternehmen. Das Muster, nach dem der Globale Süden vor allem Rohstofflieferant für einen industrialisierten Globalen Norden ist, der den größten Profit abschöpft und Länder des Globalen Südens wiederum von seinen weiterverarbeiteten Importen abhängig macht, ist seit der Kolonialepoche von wenigen Ausnahmen abgesehen fest eingefahren und wird durch die Funktionsweise des Weltwirtschaftssystems verfestigt. Unter den verschiedenen Formen neokolonialer Ausbeutung leidet vor allem eine in großen Anteilen verarmte Bevölkerung im Globalen Süden. So verwundert es nicht, wenn Menschen sich auf der Suche nach einem besseren Leben für sich und ihre Familien auf den Weg zu uns machen. Aufgrund der aktuellen Kombination aus restriktiver Visapolitik und europäischer Abschottungspolitik ist dieser Weg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer lebensgefährlicher geworden.

Wirtschaftspolitik zu dekolonisieren ist demnach eine umfassende und verantwortungsvolle Aufgabe, die es notwendig macht, die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene neu zu denken. Dies muss bei den übergeordneten Politikzielen beginnen. Eine dekoloniale Wirtschaftspolitik sollte von kosmopolitischen Werten und Zielorientierungen geleitet werden anstatt von geopolitischen, nationalistischen Interessen. Dafür müssen wir im Globalen

² Neokolonialismus bedeutet eine neue Form von Kolonialismus unter den Bedingungen nationaler Souveränität, in anderen Worten die direkte oder indirekte Kontrolle der Ökonomie und Politik durch ausländische Akteur*innen.

Norden jedoch zuerst die typische westliche Doppelmoral enttarnen und ablegen – eine Moral, die sich in der internationalen Zusammenarbeit in opportunistischer Manier nur dann auf Menschenrechte beruft, wenn es ihr außenpolitisch gelegen kommt und die zudem selbst nicht selten Menschenrechte mit Füßen tritt, insbesondere wenn es sich dabei um die Menschenrechte ‚Anderer‘ handelt. Wirtschaftspolitische Felder, darunter Handels-, Währungs-, Rohstoff-, Investitions- und Migrationspolitik müssen nationalistische Interessen überwinden, die unweigerlich zulasten des Globalen Südens und unseres Planeten gehen und sich stattdessen dem planetaren Gemeinwohl verpflichten. Nicht zuletzt zeigen die COVID-19-Pandemie, die Klimakrise sowie das Andauern von Migrationsbewegungen aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden unter immer gefährlicher werdenden Umständen, dass wir globale, demokratische Lösungen brauchen, die auf transnationaler Solidarität aufbauen und ein gutes Leben für alle ermöglichen.



Historische wirtschaftliche Gerechtigkeit schaffen

Deutschland hat seit dem Ersten Weltkrieg keine Kolonien mehr – auch wenn sich koloniale Denkmuster und Strukturen bis heute finden lassen. Als geopolitische Macht, welche eine postkoloniale Entwicklungspolitik anstrebt (BMZ und Referat für Geschlechtergerechtigkeit 2023), sollte Deutschland sich für eine Beendigung der kolonialen Beziehungen anderer Staaten einsetzen, insbesondere wenn es durch eine enge Kooperation gewisse Einflussmöglichkeiten gibt. Dies betrifft unter anderem Neukaledonien, Tibet, die Westsahara, Palästina und Kurdistan.

2.1 Reparationen für Versklavung und Kolonialismus

Kolonialismus war und ist ein Unrechtssystem auf der Grundlage vermeintlicher rassistischer oder kultureller Überlegenheit, welches zurückgedrängt, kompensiert und beendet werden muss. Seine Folgen sind sozialer, kultureller, politischer, psychologischer und ökonomischer Natur. Auf der Grundlage von Zwangsarbeit und Ressourcenraub war Kolonialismus eine wichtige Quelle der Industrialisierung und für die Bereicherung Europas.

Paradoxerweise waren es teilweise die ehemaligen Kolonialist*innen, die Reparationen erhalten haben – so musste Haiti eineinhalb Jahrhunderte lang Entschädigungen an Frankreich zahlen (Sylla u. a. 2024, S. 3). Umgekehrt wurden Reparationsforderungen von den Nachfahren der Opfer von Versklavung und Kolonialismus in der Geschichte immer wieder vorgebracht: von Vertreter*innen indigener Bevölkerung auf verschiedenen Kontinenten, von verschiedenen Organen der Vereinten Nationen genauso wie von multilateralen, regionalen Institutionen wie der Afrikanischen Union oder der karibischen Gemeinschaft CARICOM. Während Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Reparationen nicht nur an andere Nationen, sondern auch an Überlebende des Holocaust zahlte, hat es nie deutsche Reparationen für unsere Verantwortung für Versklavung und Kolonialismus gegeben. Das gilt sogar für den seit 2015 von Deutschland offiziell eingeräumten, kolonialen Genozid an den Ovaherero und Nama im heutigen Namibia (Melber 2024; Melber u. a. 2024, S. 2, 10). Zwar wurde 2021 zwischen der deutschen und namibischen Regierung ein Entwurf für eine gemeinsame Erklärung über ein ‚Entwicklungshilfe‘-Paket verhandelt, jedoch erkennen die Organisationen der Nachfahren der Opfer, die zudem von den Verhandlungen ausgeschlossen wurden, die versprochene Entwicklungszusammenarbeit nicht als Reparationen an (Ovaherero Traditional Authority and the Nama Traditional Leaders Association 2023). Beträchtlich ist der Unterschied, ob man ein Recht auf etwas hat (Reparationen) oder aber auf das Gutdünken des Gegenübers angewiesen ist (Entwicklungszusammenarbeit). Es gibt zudem Kritik von UN-Ebene, dass internationale Rechtsnormen zur Beteiligung nicht eingehalten wurden und dementsprechend Forderungen für einen kompletten Verhandlungsneustart um Reparationen (Theurer 2023, S. 1147). Landfragen sind zudem bisher nicht Teil der deutsch-namibischen Vereinbarung.



Protest von Vertreter*innen der Ovaherero und Nama in Berlin, 2016.

2.2 Landrückgabe

Insbesondere im Fall von Siedlerkolonialismus spielt die Landfrage eine große Rolle. Das ist in der größten ehemaligen deutschen Kolonie, dem heutigen Namibia, mehr als offensichtlich: *Weiß*e Personen machen nur 5 Prozent der namibischen Bevölkerung aus, kontrollieren aber 70 bis 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (Köbller 2020; Nyaungwa 2024). Dabei begannen Landreformen mit dem Ziel der Umverteilung von Land von *weißen* an Schwarze Namibier*innen bereits kurz nach der Unabhängigkeit in den 1990er-Jahren. Verständlicherweise gibt es viel Unmut über die fehlende Geschwindigkeit dieser staatlichen Reformen. Dies liegt mitunter daran, dass die namibische Verfassung Enteignungen nur bei „gerechter Entschädigung“ erlaubt (Melber 2021, S. 20). Deutschland könnte hier eine aktive Rolle einnehmen und zum Beispiel die notwendigen Mittel für eine Enteignung von (deutschstämmigen) kommerziellen Landwirten bereitstellen (Melber 2018). Insbesondere sollten passende Maßnahmen jedoch zusammen mit den Nachfahren der Genozidopfer entwickelt werden, anstatt wie bisher über deren Köpfe hinweg.

Die ungleiche Verteilung von Land führt außerdem bis heute zu einer ausgeprägten ökonomischen Ungleichheit in Namibia, denn die *weißen* Landbesitzenden haben in den Jahrzehnten nach dem Ende des formalen Kolonialismus auf vielfältige Weise Profite aus ihrem Land schlagen können (Lenggenhager, Bloemertz, und Nghitevelekwa 2021) – Profite, die man wiederum in Debatten um Reparationen miteinbeziehen sollte.

2.3 Klimareparationen

Immer häufiger auftretende und drastischer werdende Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse zeigen, dass wir bereits mitten in der Klimakrise sind. Obwohl wir die Auswirkungen auch in Deutschland deutlich zu spüren bekommen haben, sollten wir nicht vergessen, dass der Großteil, nämlich 97 Prozent aller von Extremwetterereignissen betroffenen Menschen im Globalen Süden leben (UN News 2021). Über die direkten Katastrophenereignisse hinaus werden regelmäßig ganze Jahresernten zerstört, was zusätzliche Abhängigkeiten von ‚Hilfe‘ von außen schafft. Den Globalen Süden trifft ungleich härter eine Krise globaler Tragweite, die wir maßgeblich durch unser Wirtschaftssystem und unsere Lebensweise im Globalen Norden hervorgerufen haben. Der Globale Norden steht somit wegen der zu verantwortenden Klimaschäden in der Schuld des Globalen Südens. Insbesondere die auf fossilen Brennstoffen basierende Industrialisierung der damaligen Kolonialstaaten, gefüttert von Rohstoffen aus den Kolonien, heizte unseren Planeten auf. Mit der (neo-)liberalen Idee der ‚Spezialisierung‘ entwickelte sich zudem ein globaler Gütertransport, mit all seinen umweltschädlichen Folgen.

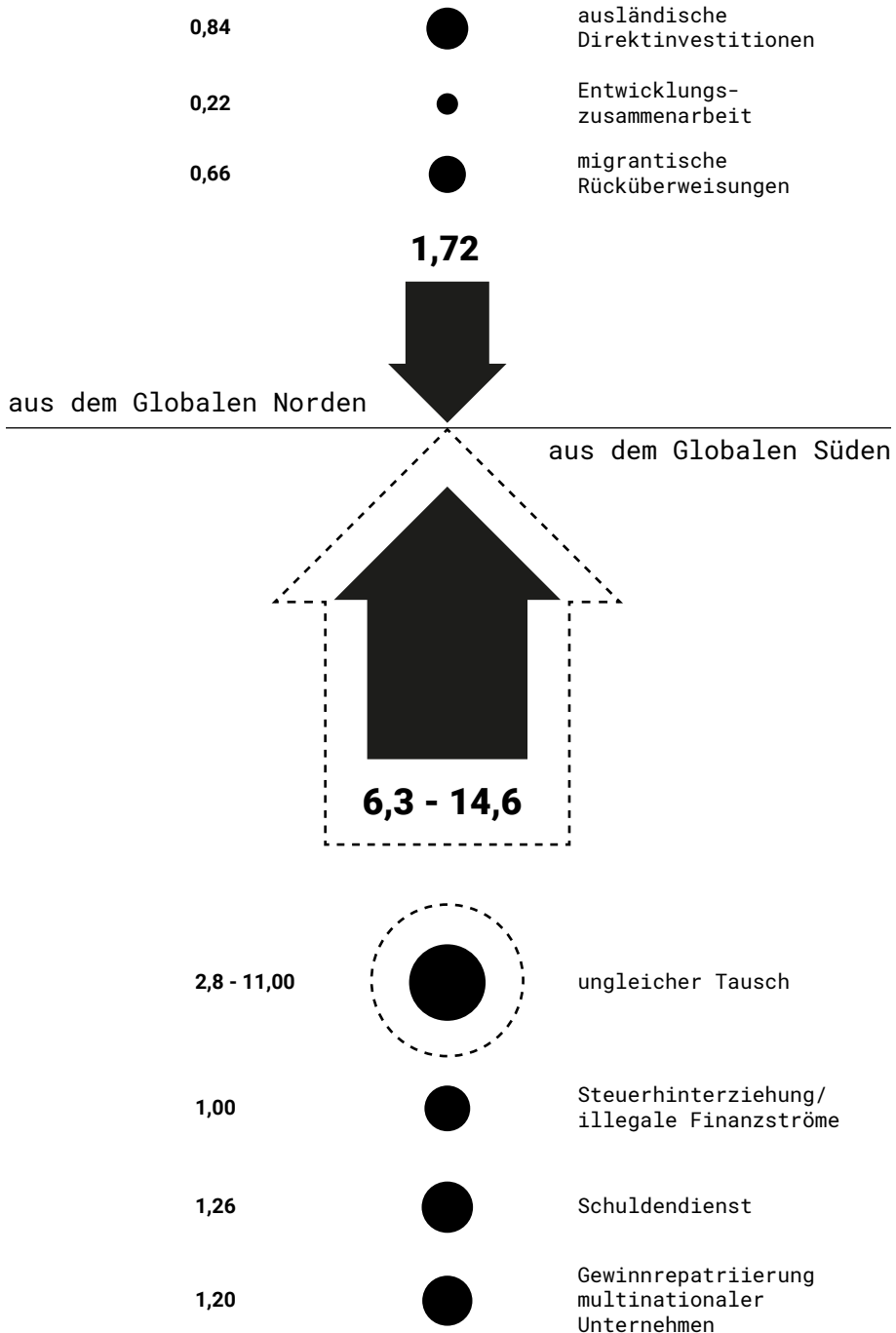
Klimareparationen würden eine Entschuldigung implizieren, eine finanzielle oder sonstige Entschädigung sowie eine Garantie der Nicht-Wiederholung. Deutschland hat sich zwar bei der UN-Klimakonferenz COP26 bereit erklärt, in einen globalen ‚Loss and Damage-Fonds‘ einzuzahlen, jedoch ist die finanzielle Zusage bisher höchst unzureichend für eine echte Entschädigung. Eine Garantie der Nicht-Wiederholung würde konkret eine Dekarbonisierung und Schrumpfung der deutschen Wirtschaft sowie eine deutsche Beteiligung am Umbau der Weltwirtschaft bedeuten (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2024).

3 Gegenwärtige Wirtschafts- beziehungen dekolonisieren

3.1 Der Globale Süden finanziert den Globalen Norden

Tatsächlich fließen mehr Gelder und Ressourcen vom Globalen Süden in den Globalen Norden als umgekehrt (Hickel u. a. 2022, S. 10; UNCTAD 2020; Ziai 2020, S. 132).

Jährliche Geldflüsse in Billionen US-Dollar



Zwar fließen jedes Jahr beträchtliche Summen in den Globalen Süden in Form von ausländischen Direktinvestitionen (841 Milliarden US-Dollar im Jahr 2023, UNCTAD 2024, S. 1), migrantischen Rücküberweisungen (656 Milliarden US-Dollar im Jahr 2023, KNOMAD/Weltbank 2024) und offizieller Entwicklungszusammenarbeit (224 Milliarden US-Dollar im Jahr 2023, OECD 2024). Dem gegenüber stehen jedoch deutlich größere Abflüsse.

Die vermutlich größte Geldmenge verliert der Globale Süden durch **ungleichen Tausch** zwischen Nord und Süd. Unterschiedliche Studien kommen hier je nach Methodik zu unterschiedlichen Werten. Während manche Rechnungen auf jährlich 2.800 Milliarden US-Dollar (Cope 2019, S. 112) beziehungsweise 3.500 Milliarden US-Dollar (Hickel, Sullivan, Zoomkawala 2021, S. 1041) kommen, beziffert eine neuere Studie von Hickel u. a. (2022) den Verlust über ungleiche Löhne und Währungen auf Handelsebene auf 10.800 Milliarden US-Dollar allein im Jahr 2015, einschließlich verkörperter Ressourcen, Land, Energie und Arbeit (S. 10). Diese Ressourcenaneignung entspricht mit 242.000 Milliarden US-Dollar im Zeitraum von 1990 bis 2015 etwa 25 Prozent der Wirtschaftsleistung des Globalen Nordens und übersteigt Transfers durch offizielle Entwicklungszusammenarbeit um das 30-Fache. Wie kommt dieser gewaltige Abfluss an Finanzmitteln zustande? Die in den Wirtschaftswissenschaften vorherrschende neoliberale Schule propagiert, dass Länder des Globalen Südens, um sich wirtschaftlich zu ‚entwickeln‘, für die Märkte des Globalen Nordens produzieren und ausländische Direktinvestitionen anlocken sollen. Wenn man dieser Idee folgt, schafft das eine Abhängigkeit von eben jenen Märkten und Investor*innen. Man ist gezwungen, andere Länder des Globalen Südens mit billigen Preisen und investorenfreundlichen Gesetzgebungen zu unterbieten, ein ‚race to the bottom‘ findet statt. Um überhaupt mithalten zu können, zählen nur günstige Preise – zum Nachteil von menschenwürdigen Löhnen, Arbeitsrechten und Ökologie. Die weitestgehend weiterverarbeiteten, teilweise patentierten Exporte aus dem Norden erzielen dagegen höhere Preise. Landwirtschaftliche Produkte, die aus dem Norden in den Süden exportiert werden, werden zusätzlich durch Subventionen künstlich verbilligt, was die Preise für Agrarprodukte im Globalen Süden erneut drückt. All dies führt dazu, dass für jede Einheit an Ressourcen und Arbeit, die der Globale Süden aus dem Norden importiert, deutlich mehr Einheiten exportiert werden müssen, um dafür zu bezahlen, was dem Globalen Norden einen Nettogewinn durch Handel ermöglicht. Weder Handelsliberalisierung

noch Exportorientierung halten somit einer kritischen Überprüfung für wirtschaftspolitische Empfehlungen stand, die den Menschen im Globalen Süden zugutekommen sollen.

An zweiter Stelle folgen **legale sowie illegale Geldabflüsse von multinationalen Unternehmen** aus dem Globalen Süden Richtung Globaler Norden. Allein die offizielle Gewinnrepatriierung multinationaler Unternehmen übersteigt mit 1.200 Milliarden US-Dollar im Jahr 2020 die Transfers durch ausländische Direktinvestitionen bereits um 43 Prozent (Parnreiter, Steinwärdner, und Kolhoff 2024, S. 2349). Die hohen Gewinne kommen unter anderem dadurch zustande, dass ausländische Unternehmen in der Regel am Ressourcenabbau weit höhere Gewinnanteile erhalten als die Regierungen des Südens. Genau deswegen will die neue senegalesische Regierung ihre Gas-, Öl- und Wasserstoffverträge mit ausländischen Unternehmen neu verhandeln. Beispielsweise bekommt die staatliche senegalesische Ölagentur Petrosen aktuell nur 10 Prozent des Profits der Offshore-Erdöl- und Erdgasausbeutung in Sangomar, wie der entsprechende aktuelle Vertrag zeigt (Décret 2020-29 in ITIE 2024). Mit 90 Prozent geht der wesentliche Anteil der Profite noch 25 Jahre lang an drei australische und britische Unternehmen. Solche ausbeuterischen Verträge kommen zustande, weil die meisten Länder im Globalen Süden nicht über die nötigen Technologien verfügen, um Rohstoffe und Mineralien selbst aufzuspüren, industriell zu fördern oder gar weiterzuverarbeiten. Unter den Bedingungen einer liberalisierten Weltwirtschaft und dementsprechend unter Konkurrenz von enorm kapitalkräftigen und erfahrenen multinationalen Unternehmen ist es zudem extrem schwierig, einen solchen Sektor neu aufzubauen. Zusätzlich zu legalen, offiziellen Finanzabflüssen gehen infolge von Steuerhinterziehung oft durch ‚trade misinvoicing‘ (firmeninterner Handel mit manipulierten Preisen) und andere, zum Teil illegale Finanzströme dem Süden mittlerweile über 1.000 Milliarden US-Dollar pro Jahr (Hickel u. a. 2022, S. 9) verloren. Seit 1980 waren es 13.400 Milliarden US-Dollar an nicht gemeldeter, das heißt größtenteils illegaler Kapitalflucht (Hickel 2017). Diese Rechnung zeigt, dass ausländische Direktinvestitionen kein effektiver Hebel zur Armutsbekämpfung sind, sondern im Gegenteil weitaus mehr Ressourcen abziehen, als sie vor Ort reingeben.

An dritter Stelle folgt der **Schuldendienst** mit 1.257 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 (Misereor und Erlassjahr 2024, S. 4). Abgesehen von Tilgungen, wurden seit den 1980er-Jahren mehr als 4.000 Milliarden US-Dollar durch

Zinszahlungen entzogen, ein Betrag der deutlich höher ist, als Gelder aus der ‚Entwicklungshilfe‘ im gleichen Zeitraum (Hickel 2017). Zusätzlich zu dem lukrativen Schuldengeschäft können IWF und Weltbank ihren Schuldern neo-liberale Wirtschaftsmaßnahmen auferlegen, die durch Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung oft die Ausbeutung von Menschen und Natur im Globalen Süden verschärfen (SAPRIN 2004). Verschiedene Schuldenerlasse haben zwar in der Geschichte immer wieder kurzfristig Erleichterung gebracht, ändern aber nichts an einem System, indem Länder des Globalen Südens von Geldflüssen, einschließlich Krediten, aus dem Globalen Norden und von ihm dominierten Institutionen abhängig sind. Folglich muss insbesondere der Teil an Entwicklungszusammenarbeit, der als Kredite gewährt wird, im Lichte der Schuldenfalle betrachtet werden. Nicht zuletzt sind in den Werten offizieller Entwicklungszusammenarbeit unter dem Stichwort ‚Fluchtursachenbekämpfung‘ auch völlig zweckentfremdete Ausgaben versteckt, wie zum Beispiel der Bau von Internierungszellen, Abschiebekosten oder Ausrüstung für die Grenzpolizei (Jakob und Schindwein 2017, S. 12 f.).

Zusammengefasst heißt das: Weitaus mehr Geld und Ressourcen verlassen den Globalen Süden in Form von unfairen Handelsbeziehungen, Schuldentrückzahlungen einschließlich Zinszahlungen, legaler Gewinnrepatriierung und Steuerflucht von ausländischen Unternehmen sowie weiteren illegalen Finanzströmen, als netto über ‚Entwicklungszusammenarbeit‘, ausländische Direktinvestitionen oder migrantische Rücküberweisungen wieder reinkommen. Unserer Recherche nach findet somit – je nachdem, welche Studie man zum Thema Verluste über ungleichen Handel zurate zieht – ein Nettotransfer in einer Spannbreite von 4.536 Milliarden US-Dollar bis 12.736 Milliarden jährlich von ärmeren in reichere Länder statt.

3.2 Systemische Reparationen

„Reparationen für Sklaverei, Kolonialismus und Klimaungerechtigkeit, wie großzügig sie auch immer ausfallen mögen, würden keinerlei Transformation bewirken, wenn die zugrunde liegenden globalen Wirtschaftsstrukturen, die die Ungleichheiten bei ‚Entwicklung‘ und Klima aufrechterhalten, nicht reformiert oder durch solidarische Strukturen ersetzt würden.“

(SYLLA U. A. 2024, S. 31)

Kritische Stimmen aus der politischen Ökonomie warnen, dass Reparationen in ihrer klassischen Form als Finanzspritzen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems wenig transformativen Charakter hätten. Sie laufen einerseits Gefahr, durch Machtasymmetrien auf der nationalen Ebene nicht bis zu den Nachfahr*innen der Opfer zu gelangen und andererseits wie im Falle Deutschland/Namibia als Entwicklungszusammenarbeit verfremdet zu werden. Entwicklungszusammenarbeit wiederum läuft Gefahr, die Selbstbestimmung der Empfänger*innen auszuhebeln und kann zudem mit unvorteilhaften Konditionen verbunden sein – Prinzipien, die die Bedingungslosigkeit von Reparationszahlungen und damit einhergehend die Hoheit über die Gelderverwendung untergraben. Zuletzt wird Entwicklungszusammenarbeit zunehmend finanziert, das heißt



Aminata Traoré, ehemalige Ministerin Malis und Anti-Neoliberalisierungsaktivistin auf dem IWF/Weltbank-Gegengipfel in Marrakesch, Oktober 2023. Auf ihrem T-Shirt steht: „Die afrikanischen Frauen sagen ‚Genug! Es reicht!‘ zur neoliberalen Politik von IWF und Weltbank.“

in Abhängigkeit von privaten Krediten, Investitionen und Kapitalmarktmechanismen finanziert, was die Kontrolle der Empfängerländer zusätzlich einschränkt sowie das Schuldenrisiko erhöht (Banse u. a. 2021).

Mit klassischen Reparationen allein kann keine restaurative Gerechtigkeit erreicht werden. Stattdessen braucht es „systemische Reparationen“ (Sylla u. a. 2024, S. 7), die zum Ziel haben, das Weltwirtschaftssystem so zu ‚reparieren‘, dass es aufhört, weiterhin Reichtum auf der einen und Armut auf der anderen Seite zu produzieren. Dies bedarf eines dekolonialen Umbaus der Weltwirtschaft sowie einer Neuausrichtung von Wirtschaftspolitik auf dekoloniale, solidarische Art und Weise. Damit insbesondere auch der Globale Süden die Möglichkeit bekommt, seine Wirtschaftspolitik auf ein gutes Leben für alle auszurichten, muss ihm zudem die Möglichkeit zur Industrialisierung eingeräumt werden. Idealerweise sollte Industrialisierung direkt auf eine sozialökologische Art und Weise

stattfinden. Jedoch wäre es eine neokoloniale Instrumentalisierung, wenn der Globale Norden die Industrialisierung des Globalen Südens mit dieser Argumentation ausbremst, nachdem der Norden sich auf Kosten des Südens bereits (unter immensen ökologischen Kosten) industrialisiert hat und bis heute ökonomisch enorm davon profitiert.

3.3 Prinzipien einer dekolonial ausgerichteten Wirtschaftspolitik

Während das deutsche Lieferkettengesetz von 2022 Menschenrechte nur für direkt zuliefernde Unternehmen verankerte, hat das trotz der Enthaltung Deutschlands dieses Jahr verabschiedete EU-Lieferkettengesetz dafür gesorgt, dass zumindest größere europäische Unternehmen ab 2032 Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette achten müssen – ansonsten drohen Bußgelder von bis zu fünf Prozent des Jahresumsatzes, zusätzlich sind Menschenrechtsverletzungen von den Betroffenen einklagbar (Greenpeace 2024). Was in noch weit entfernt scheinenden acht Jahren dann zum Beispiel für Textilarbeiter*innen in Bangladesch und Minenarbeiter*innen in der Demokratischen Republik Kongo gelten soll, scheint noch weiter entfernt in seiner Anwendung, wenn es um geflüchtete Menschen in Europa oder an seinen Außengrenzen geht: die simple Umsetzung von Menschenrechten. Um nur ein Beispiel zu nennen, schauen wir auf die Folgen des EU-Tunesien-Migrationsabkommen: Vergewaltigungen von geflüchteten Frauen* sowie das Aussetzen insbesondere von aus Sub-Sahara-Afrika geflüchteten Personen in der Wüste durch von der EU finanzierte Sicherheitskräfte scheinen dort auf der Tagesordnung zu stehen (The Guardian 2024). Anstatt sich des Arguments der Menschenrechte in opportunistischer Manier zu bedienen (wenn es mit außenwirtschaftlichen und geopolitischen Zielen übereinstimmt), sollten Deutschland und die EU zuerst ihre **#westlicheDoppel**moral aufgeben und lieber daran arbeiten, den eigenen Respekt von Menschenrechten auch für Nicht-EU-Bürger*innen in allen Bereichen umzusetzen.

Wie kann nun die systemische Ausbeutung des Globalen Südens durch den Globalen Norden beendet und durch ein alternatives, solidarisches System ersetzt werden? Zuerst müssen wir laufenden **#NeokolonialismusStoppen**. Darüber

hinaus braucht es Mechanismen der globalen Umverteilung: Reparationen, Schuldenerlässe, Landrückgaben, eine Finanztransaktionssteuer, ein bedingungsloses globales Grundeinkommen ... Auch indirekte Umverteilungsmechanismen wie Handel und Migration können massiv zur globalen Umverteilung beitragen.



Um auf eine postkoloniale Gerechtigkeit zuzusteuern, braucht es unterschiedliche Richtungen für den Globalen Süden und den Globalen Norden. Um **#transnationalSolidarisch** und **#klimagerecht** zu sein, muss die Wirtschaft des Nordens klar schrumpfen und anders als jetzt nicht mehr Ressourcen (Rohstoffe, Energie etc.) zu verbrauchen, als ihr pro Kopf zustehen (Brand und Wissen 2017; Wuppertal Institut 1997). Um der imperialen Lebensweise des Globalen Nordens Einhalt zu gebieten, wäre daher ein wichtiger erster Schritt eine **#Lokalisierung** von Wirtschaftskreisläufen und **#Suffizienz**, das heißt für den Globalen Norden weniger Ressourcen insgesamt zu verbrauchen und

dabei möglichst und in dieser Reihenfolge auf lokale, nationale oder regionale Ressourcen zu setzen. Eine Energiewende muss durch eine Rohstoffwende ergänzt werden (PowerShift 2019). Dies vermeidet nicht nur mit dem Transport von Ressourcen verbundene Emissionen, sondern auch die systematische Übernutzung von Ressourcen im Globalen Norden. So haben die Menschen in Deutschland ihr Budget an nachhaltig nutzbaren Ressourcen und ökologisch verkräftbaren Emissionen im Jahre 2024 bereits am 2. Mai, nach nur einem Drittel Jahr, aufgebraucht (Germanwatch 2024).

Der Globale Süden hingegen hat aus einer dekolonialen Gerechtigkeitsperspektive heraus Anspruch auf mehr Ressourcennutzung und auf mehr Wohlstand pro Kopf. Um diesen auch selbst zu generieren, braucht es produktive Aktivitäten im Globalen Süden, darunter eine **#SozialÖkologischeIndustrialisierung**.

3.4 Politische Ziele einer dekolonial ausgerichteten Wirtschaftspolitik

Im Folgenden wird eine Reihe von mittel- bis langfristigen Zielen vorgeschlagen, an der sich eine dekoloniale Wirtschaftspolitik orientieren könnte. Aus einer Haltung der transnationalen Solidarität heraus gilt es dabei für den Globalen Norden, an der Dekolonisierung der eigenen Wirtschaftspolitik zu arbeiten, aber eben auch darum, die wirtschaftliche Dekolonisierung des Globalen Südens möglich zu machen – das bedarf an vorderster Stelle eines Umbaus des Weltwirtschaftssystems einschließlich seiner Institutionen und Regeln. Es sei darauf hingewiesen, dass die folgende Liste nicht vollumfänglich ist.

3.4.1 Ernährungssouveränität als Pfeiler neuer Handelsregeln

Deutschland hatte 2021/22 einen hypothetischen Selbstversorgungsgrad von 86 Prozent (Ahrens 2024). Hypothetisch, weil in dieser neoliberalen Betrachtung Importe und Exporte miteinander verrechnet werden, beispielsweise werden 100 von Neuseeland importierte Äpfel und 100 nach Indien exportierte Äpfel genullt – eine Rechnung, die aus klimapolitischer Sicht, wo unnötige Emissionen vermieden werden sollen, alles andere als sinnvoll ist. Stattdessen müssten wir uns die De-facto-Selbstversorgung anschauen, diese wird aber

nicht standardmäßig gemessen. Während wir bei Obst und Gemüse auch hypothetisch besonders viel importieren müssen, gibt es andere Produkte, wie Fleisch, die Deutschland regelmäßig überproduziert (Bundeszentrum für Ernährung (BZfE)). Von 2003 bis 2008 war Deutschland sogar weltweiter Exportmeister – und somit für Handelsbilanzdefizite in anderen Ländern verantwortlich. Europäische Agrarexporte verkaufen sich unter anderem deswegen so gut, weil sie durch die jährlich durchschnittlich 54 Milliarden Euro Agrarsubventionen der EU auf dem Weltmarkt besonders günstig verkauft werden können (Scown, Brady, und Nicholas 2020, S. 238).

So stellt ein deutsch-beninisch kollaboratives Forschungsprojekt fest, dass der beninische Geflügelsektor stark durch die Konkurrenz der vom Globalen Norden subventionierten, importierten Geflügelteile gehemmt wird, weil diese nur halb so viel kosten wie lokale Hühnchen (Kulla u. a. 2021, S. 66). An diesem Gefälle ändern auch moderne Geflügelzuchtmethoden in Benin wenig, mit deren Hilfe nur knapp 10 Prozent billiger produziert werden kann als mit traditioneller Geflügelzucht (ebd.). Daher empfiehlt das Forschungsteam zur Unterstützung

Thomas Sankara gekleidet in Faso Dan Fani, 100 % made in Burkina Faso.



der Geflügelzüchter*innen in Benin unter anderem protektionistische Maßnahmen, um den lokalen Markt graduell ansteigend besser von den Importprodukten abzuschirmen (S. 35). Das kann Maßnahmen einschließen, die importierte Hühnchenteile indirekt verteuern, wie zum Beispiel eine Sonderabgabe auf importierte Hühnchenteile, die in der Elfenbeinküste erst 2020 für zehn Jahre verlängert wurde (S. 112). Eine Erhöhung von Importzöllen ist hingegen politisch schwieriger durchzusetzen, wie man in Ghana 2003 gesehen hat, als der IWF so viel Druck auf die Regierung ausübte, dass diese ein neues Gesetz rückgängig machte, welches Importzölle von Geflügelteilen von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht hatte (Ziai 2020, S. 133).

Die Abhängigkeit von importierten Nahrungsmitteln und deren schädlicher Einfluss auf die lokale Nahrungsmittelproduktion wurde schon von Thomas Sankara, Präsident Burkina Fasos in den 1980er-Jahren als Gefahr erkannt (Faye 2023, S. 30 f.). Daraufhin verabschiedete er Politiken, um den De-facto-Selbstversorgungsgrad an Nahrungsmitteln zu steigern, ganz nach der Devise „lokal produzieren, lokal konsumieren“. Zusätzlich zur Produktionssteigerung insbesondere bei Getreide, veranlasste seine Regierung unterstützende wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Festlegung eines Mindestanteils an heimischem Getreide für die Herstellung von Brot und Bier, die Einführung von Steuern auf importierte Luxusgüter oder partielle, saisonale Einfuhrverbote für Obst und Gemüse bei gleichzeitiger Förderung der landwirtschaftlichen Produktion (ebd.). Zusätzlich bedeuten weniger (Nahrungsmittel-)Importe eine geringere Abhängigkeit von ausländischer Währung und dementsprechend von der Aufnahme von Schulden (Hickel 2021), eine weitere Abhängigkeit, die Sankara zu reduzieren versuchte.

Vor der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994 waren protektionistische Maßnahmen wie Importbeschränkungen noch deutlich akzeptierter und wurden vom Globalen Norden wie Süden vielfach praktiziert. Die in den 1980er-Jahren einsetzende Neoliberalisierungswelle begann jedoch, unter anderem mittels der Strukturanpassungsprogramme, Praktiken zu unterdrücken, die darauf abzielten, die lokale Wirtschaft vor günstigeren ausländischen Importprodukten abzuschirmen. Im Rahmen der WTO ist es den reichen Industrienationen gelungen, umfangreich Schlupflöcher für ihre Agrarsubventionen zu verankern (Schmiege und Rudloff 2016).

Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Ländern des Globalen Südens schaden zusätzlich, indem sie meist nicht nur Importzölle auf europäische Produkte immer weiter abbauen, sondern teilweise auch Klimaziele, Ernährungssouveränität und die Wahrung von Menschenrechten konterkarieren, indem sie unter anderem Konzernen Klagerechte einräumen gegen (beispielsweise ökologische oder soziale) Politikmaßnahmen, die ihre Profite einschränken (PowerShift 2022).

Zusammengefasst verfolgen sowohl die WTO-Regeln, als auch darauf basierende Freihandelsabkommen eine neoliberale Marktlogik, die der Idee von einer möglichst großen Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln diametral entgegengesetzt ist. Mehr noch als Selbstversorgung bedeutet Ernährungssouveränität nach dem transnationalen Bäuer*innen-Verband La Vía Campesina, das Recht

„Nein zu EPAs ohne Ernährungssouveränität.“ Protest gegen die sogenannten ‚Economic Partnership Agreements‘ zwischen der EU und afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten.



von Völkern selbstbestimmt über ihre Lebensmittelproduktion und -verteilung zu entscheiden, basierend auf nachhaltiger Landwirtschaft, lokaler Produktion und gerechtem Zugang zu Land, Wasser und Saatgut – unabhängig von globalen Marktzwängen.

Daher ruft La Vía Campesina Staaten dazu auf, die Welthandelsorganisation zu verlassen und ein neues globales Handelsregelwerk zu schaffen, welches auf Ernährungssouveränität beruht (La Vía Campesina 2022). Seit 2022 ist La Vía Campesina dabei, in einem groß angelegten, basisdemokratischen Prozess mit Bäuer*innen- und Indigenenorganisationen aus 80 Ländern neue Handelsregeln zu formulieren, die sich auf die Grundsätze der Ernährungssouveränität, des Internationalismus und der Solidarität stützen (La Vía Campesina 2024). Auch Bundesländer können ihren Beitrag zu mehr Ernährungssouveränität leisten. Sie können sowohl regionale, ökologische Landwirtschaft und Direktvermarktung zum Beispiel über die öffentliche Beschaffung fördern sowie ungerechte Handelsabkommen im Bundesrat stoppen (EineWeltStadtBerlin; PowerShift u. a. 2022).

3.4.2 Energiesouveränität statt grüner Neokolonialismus

Deutschland muss sich dekarbonisieren, aber wie kann das auf eine klimagerechte Art und Weise gelingen? Die Deals zwischen Deutschland und Namibia über grünen Wasserstoff spiegeln Macht- und Wirtschaftsstrukturen aus der kolonialen Vergangenheit wider: Rohstoffe beziehungsweise Energieträger werden aus der ehemaligen Kolonie für den Verbrauch im ehemaligen Kolonialstaat gewonnen (Tunn u. a. 2024, S. 9). Zudem braucht die Gewinnung von grünem Wasserstoff extensiv die in der Regel knappen Ressourcen Land, Wasser und Energie und kann daher paradoxerweise sogar zu einer lokalen Stromverknappung führen (S. 1). Ohne faire Beteiligung der betroffenen Bevölkerung und Zivilgesellschaft, umfassende Technologietransfers und einen Fokus auf die Bedürfnisse der namibischen Bevölkerung besteht die Gefahr, dass solche Projekte bestehende Ungleichheiten vertiefen (S. 7). Deutschland sollte daher zuerst an einer Absenkung des eigenen Energieverbrauchs arbeiten (Suffizienz) sowie sich um eine lokale Produktion erneuerbarer Energien bemühen, um zu vermeiden, dass andere Länder die ökologischen und sozialen Kosten für unsere Lebensweise tragen und in einem Modell der Exportorientierung stecken bleiben.

Gleichzeitig müssen Länder des Globalen Südens wie Namibia dabei unterstützt werden, ihre Stromversorgung auf nachhaltige Art sicherzustellen. Dies sollte auf der einen Seite durch Klimareparaturen ermöglicht werden, auf der anderen Seite über Technologietransfers (Ajl 2021, S. 64, 73). Letztere würden den Aufbau einer lokalen Stromproduktion und -versorgung in öffentlicher Hand ermöglichen, anstatt der Abhängigkeit von einem deutschen (oder größtenteils deutschen) Energiekonzern ausgeliefert zu sein.

Energiesouveränität bedeutet das Recht von Gemeinschaften und Nationen, ihre Energiequellen, -politik und -nutzung selbstbestimmt zu gestalten, basierend auf lokalen, erneuerbaren Ressourcen und ohne Abhängigkeit von externen, fossilen oder monopolisierten Energienetzen. Ressourcen im Süden – ob Wasserstoff, Öl oder Gas – für die Aufrechterhaltung eines energieintensiven Lebensstils im Norden zu nutzen, reproduziert die imperiale Lebensweise (Brand/Wissen 2017).

3.4.3 Sozialökologische Transformations- bzw. Industrialisierungspolitik

Der Globale Norden, also auch ganz konkret Deutschland, muss seine Wirtschaft angesichts der Klimakrise schrumpfen. Als Industrieland geht es darum, unsere Industrien im In- und Ausland ökologischer zu gestalten (zum Beispiel viel mehr auf Recycling zu setzen), aber auch soziale Aspekte wie die Wahrung von Menschen- und Arbeiter*innenrechten entlang der kompletten Lieferketten ernst zu nehmen.

Für den Globalen Süden geht es hingegen auch um den Neuaufbau von Industrien. Dabei sollten sie dabei unterstützt werden, ökologische Fehler des Globalen Nordens wie die Neuförderung fossiler Brennstoffe oder Atomkraft zu umgehen und direkt in erneuerbare Energien zu investieren. Da Importprodukte abhängig machen und meist mit mehr Emissionen behaftet sind als lokale Produkte, ist es aus postkolonialer Perspektive sinnvoll, diese nach und nach zu reduzieren und durch lokale Produkte zu ersetzen (Hickel u. a. 2022, S. 10). Das gilt insbesondere für essenzielle Dinge wie Nahrungsmittel und Strom, beinhaltet aber alle Güter, die im Land viel genutzt werden. Die Idee ist, lokale Ressourcen für lokale Belange einzusetzen, anstatt wie in der kolonialen internationalen Arbeitsteilung für den Konsum im Globalen Norden. Eine gute, idealerweise souveräne, Stromversorgung ist hierbei Voraussetzung für den Aufbau von

weiterverarbeitenden Industrien – im Sinne von Ernährungssouveränität etwa im Lebensmittelbereich – und dementsprechend für das Aufbrechen der seit der Kolonialzeit eingefahrenen Strukturen der internationalen Arbeitsteilung.

Quasi alle Länder, die im gegenwärtigen globalen System wirtschaftlich erfolgreich sind, haben ihre jungen Industrien am Anfang gefördert und vor dem Weltmarkt geschützt, um sich zu industrialisieren (Chang 2005, S. 10, 126). Dies ist insofern erstaunlich, da die Erzählung dieser Länder ganz im Gegenteil besagt, dass es Freihandel gewesen sei, der zu Industrialisierung von Großbritannien, den USA, Deutschland etc. geführt hätte (ebd.). Folglich ist es eine Erzählung, die die historischen Fakten verdreht und somit kaschiert, wie der Globale Norden sich tatsächlich industrialisiert hat. Abgesehen von dieser manipulativen Kommunikation, wurde dieser erprobte Weg dem Globalen Süden zuerst über die Strukturanpassungsprogramme, dann über die Handelsregeln der WTO zu versperren versucht (Hickel 2021).

Dass es nicht unmöglich ist, sich über die Handelsregeln der WTO hinwegzusetzen, zeigt der Fall von Indonesien, welches seit 2014 einen ersten Exportstopp von Nickel erz und seit 2020 einen erneuten, verschärften Exportstopp von Nickel veranlasst hat (European Commission 2023; Rohmah 2024). Der Exportstopp zielt auf die Weiterverarbeitung des Rohstoffes Nickel zu Stahl, womit laut Angaben des Präsidenten eine Wertsteigerung um das 19-Fache vor Ort erreicht werden könne (Rohmah 2024). Die EU hat dagegen bei der WTO eine Klage eingereicht und gewonnen. Indonesien hat wiederum bei der seit Ende 2019 nicht funktionsfähigen Berufungsinstanz der WTO Berufung eingelegt (European Commission 2023; Grieger und Chahri 2024). Somit spielt Indonesien auf Zeit, denn sobald die entsprechende Industrie aufgebaut ist, kann ein Exportstopp vor der WTO besser gerechtfertigt werden. Aktuell gehören fast alle Stahlschmelzen chinesischen Investor*innen (Rohmah 2024), jedoch gibt es indonesische Gesetze, die sicherstellen sollen, dass ausländische Unternehmen innerhalb von zehn Jahren mehr als die Hälfte ihrer Unternehmensanteile an die indonesische Regierung oder private indonesische Investor*innen abgeben (Hertanti 2023). Da Indonesien mehrfach von ausländischen Bergbauunternehmen in Investor-Staat-Gerichtsverfahren (ISDS), die Teil von Handels- oder Investitionsabkommen waren, angeklagt wurde, hat es die meisten davon bereits 2015 aufgekündigt (ebd.). Der indonesische Exportstopp von Nickel könnte ein Erfolgsbeispiel sein, wären da nicht in der indonesischen

Zivilgesellschaft hitzig diskutierte offene Fragen zur Verteilung der Profite aus der Nickelproduktion und ob das Wirtschaftswachstum wirklich Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen wettmachen kann (Hertanti 2023). Zukünftig ist außerdem die Produktion von Batterien für E-Autos geplant.

Anstatt Länder des Globalen Südens aktiv daran zu hindern, sich zu industrialisieren und somit ökonomisch unabhängiger zu werden, sollte der Globale Norden sich aus einer postkolonialen Perspektive heraus für ein neues, faires Weltwirtschafts- und Handelssystem einsetzen, was sozialökologische Industrialisierungen für alle möglich und vor allem leichter macht.

3.4.4 Demokratische wirtschaftspolitische Institutionen

Aktuell üben die einkommensstarken Länder eine Vormachtstellung in den wichtigsten Institutionen der internationalen Wirtschaftspolitik aus. In der Welthandelsorganisation basiert die Verhandlungsmacht auf der Marktgröße. Dadurch konnten Länder des Globalen Nordens die Handelsregeln weitgehend in ihrem eigenen Interesse festlegen (Hickel u. a. 2022, S. 9).

In der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds findet eine Gewichtung der Stimmrechte nach Kapitalanteilen statt: Reiche Länder, die viel zahlen, bekommen mehr Stimmrechte, was ihnen die Kontrolle über die Richtung und Logik von globaler Wirtschaftspolitik sichert (Ziai 2020, S. 131). Die vielfach kritisierten Strukturanpassungsprogramme der 1980er-Jahre wurden 1999 durch Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung ersetzt. In diesem Nachfolgeprojekt ist der Einfluss von Internationalen Währungsfonds (IWF) und Weltbank auf die Wirtschaftspolitik der Länder des Globalen Südens zwar weniger direkt, besteht jedoch fort, da diese Institutionen die Strategien absegnen müssen und somit das letzte Wort haben (Ziai 2020, S. 132). Die Abhängigkeit des Südens von Krediten von diesen internationalen Finanzinstitutionen (unter anderem aufgrund des Fehlens von Reparationen) führt somit zu einer Fortsetzung von neoliberaler Wirtschaftspolitik, obwohl diese seit Langem verheerende Folgen im Globalen Süden anrichtet. Wirtschaftspolitische Bedingungen an die Kreditvergabe zu knüpfen, sollte als neokoloniale Einflussnahme benannt und abgeschafft werden (Chang 2005, S. 141). Ohne den dementsprechenden Druck, der ‚Entwicklungs‘-Finanzierung zuliebe neoliberale Wirtschaftspolitik fahren zu müssen, wäre es viel eher möglich,

Industrien aufzubauen und den Druck auf niedrige Löhne und Rohstoffpreise abzumildern (Hickel u. a. 2022, S. 10).

Eine Möglichkeit, um bedingungslos an internationale Währungsreserven zu kommen, sind Ausschüttungen des IWF von ‚Sonderziehungsrechten‘ – wie zuletzt 2021 geschehen. Diese können gegen internationale Währungen eingetauscht werden. Das aktuelle Quotensystem des IWF weist jedoch Länder des Globalen Nordens, die diese weniger brauchen und auch nutzen, verhältnismäßig mehr Sonderziehungsrechte zu als Ländern des Globalen Südens, die viel stärker davon profitieren können. Reformvorschläge wären, derzeit ungenutzte Sonderziehungsrechte für den Globalen Süden umzuwidmen oder außerhalb des IWF neue, zweckgebundene Sonderziehungsrechte zu schaffen, zum Beispiel für einen globalen Impffonds oder für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (UNCTAD 2021). Für letzteren Fall könnten Länder zinslose und bedingungslose in Sonderziehungsrechten gemessene Kredite vom IWF bekommen, um nationale Investitionen im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu tätigen – unabhängig vom bisherigen Quotensystem, dessen Reform die UNCTAD als vergleichsweise wenig realistisch einstuft.

Handels- und währungspolitisch wäre ein anderer sinnvoller Reformvorschlag, auf das vom britischen Ökonomen John Maynard Keynes 1944 propagierte Modell der Nachkriegsordnung zurückzugreifen: Internationaler Handel könnte über eine neue Weltwährung („Bancor“) und eine internationale Clearingstelle abgewickelt werden, bei der Exporte ein Guthaben und Importe ein Defizit erzeugen, die dann jeweils durch Importe und Exporte wieder ausgeglichen werden müssen. Sowohl anhaltende Defizite als auch anhaltende Guthaben werden dann sanktioniert. Der Handel wird angekurbelt, aber ohne die Probleme volatiler Währungen, der Verschuldung in Devisen und problematischer Handelsbilanzdefizite (Amato und Fantacci 2012, S. 121–145).

Eine Reform des internationalen Schuldenregimes müsste folgende Punkte berücksichtigen:

- 1) die Frage der Legitimität der Schulden („odious debts“ – demokratische Regierungen sollten nicht die Schulden früherer Diktaturen abbezahlen müssen);

- 2) der weltwirtschaftliche und handelspolitische Kontext sollte einbezogen werden, um zu verhindern, dass entschuldete Länder erneut (wie in den meisten Fällen) in Überschuldung geraten;
- 3) die Dominanz der Gläubiger im bestehenden Schuldenregime aus Pariser und Londoner Club, IWF und Weltbank sowie G7/G20 – stattdessen sollten kollektive Verhandlungen auf UN-Ebene ermöglicht werden;
- 4) ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren, das der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung Vorrang vor den Forderungen der Gläubiger einräumt – der im IWF diskutierte Sovereign Debt Restructuring Mechanism (SDRM) ist hierfür unzureichend, ebenso wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the Debt Service Suspension Initiative (DSSI) der G20 (Ziai 2007, Kap. 6 und 7).

Ein sinnvolles Entschuldungsmodell sollte sich am erfolgreichen Beispiel des Londoner Schuldenabkommens 1953 orientieren, das der Bundesrepublik in der Nachkriegsära den Wiederaufbau ermöglichte. Dieses beinhaltete einen umfassenden Erlass aller Schulden (auch der privater Gläubiger) um 50 Prozent, begrenzte den Schuldendienst auf maximal 5 Prozent der Exporterlöse und koppelte die Zahlung des Schuldendienstes an das Vorhandensein einer positiven Handelsbilanz (Kaiser 2013).

3.4.5 Lokale und globale öffentliche Güter statt Privatisierungen und Patente

In Deutschland ist den meisten bewusst, dass wir im globalen Schnitt und auch im Ländervergleich im Globalen Norden eine gute öffentliche Gesundheitsfürsorge haben. Auch sind Schulen und Universitäten hierzulande quasi kostenlos. Während es wichtige Forderungen nach weiteren öffentlichen Gütern wie kostenloser öffentlicher Nahverkehr sowie einer Verbesserung des bestehenden Systems gibt, um zum Beispiel asylsuchenden und illegalisierten Menschen Zugang zu diesen Errungenschaften zu gewähren, hapert es in vielen Ländern im Globalen Süden und Norden bedingt durch die hohen Preise am Zugang zu Bildung und Gesundheit. Dies ist größtenteils auf die Privatisierungswelle der neoliberalen Strukturanpassungsprogramme der 1980er- und 90er-Jahre zurückzuführen und bleibt bis heute Teil von im Rahmen der Kreditvergabe durch Weltbank und IWF auferlegten Bedingungen. Die

neoliberale Idee, dass private (oft ausländische) Unternehmen (gegebenenfalls in Kooperation mit dem Staat) die Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Wasser oder Gesundheit übernehmen können, schafft gefährliche Abhängigkeiten und Rentabilitätslogiken an Stellen, wo die Logik eines guten Lebens für alle überwiegen sollte. Entwicklungszusammenarbeit ist von dieser Logik alles andere als ausgenommen: Der Trend, mit privaten Unternehmen zusammenzuarbeiten und die Privatisierung öffentlicher Güter weiter voranzutreiben, setzt sich fort, unter anderem in der neuen ‚Entwicklungs‘-Strategie der EU, die auf eine Mischung von öffentlicher und privater Finanzierung setzt (European Network on Debt and Development 2024).

Ein gutes Leben für alle wird demnach über Privatisierungen von öffentlichen Gütern aber auch über die Kommerzialisierung und Patentierung von Saatgut, medizinischen und Kulturpflanzen, traditionellen wie modernen Medikamenten, Verhütungsmitteln oder Technologien eingeschränkt. Patente schützen das

Studierendenproteste gegen Studiengebühren in Südafrika.





„Gesundheit für Alle! Make them Sign“-Kampagne zur Patentfreigabe von breitem zivilgesellschaftlichen Bündnis 2021 in Berlin.

Herstellungsgeheimnis und verhindern so einen Technologietransfer. Dabei sind es abgesehen von Suffizienz und Recycling auch Technologien, zum Beispiel im Bereich erneuerbare Energien, die wir für eine sozialökologische Transformation oder hinsichtlich des Zugangs zu den neuesten Verhütungsmitteln mit weniger Nebenwirkungen als ein Baustein zu reproduktiver Gerechtigkeit, die wir für ein gutes Leben für alle brauchen. Unbestritten sollte auch sein, dass Medikamente allgemein zugänglich, das heißt in ausreichender Menge vorhanden und bezahlbar sein sollten. Die globale COVID-19-Pandemie hat unwiderruflich illustriert, wie Patente Ländern des Globalen Südens den Zugang zu lebenserhaltenden Technologien, Medikamenten und Impfungen verstellt haben, während der Globale Norden, in dritter Position Deutschland, diese geradezu hortete (Ärzte ohne Grenzen 2021). Deutschland spielte zusätzlich eine unrühmliche Rolle und setzte sich trotz dringlicher Appelle der Zivilgesellschaft nicht in der EU dafür ein, dass Patente auf COVID-Impfungen und Medikamente zumindest zu Krisenzeiten ausgesetzt werden (medico international 2021).

So haben sich in der COVID-Krise nationale über globale Interessen hinweggesetzt: Die deutsche Haltung war gut für die Profite des deutschen Unternehmens Biontech und fatal für all die Menschen, die aus Mangel an Zugang zu Medikamenten und Impfungen an COVID-19 gestorben sind und deren Tod hätte politisch verhindert werden können. Ähnlich verhält es sich mit HIV-

Medikamenten, die aufgrund von Patenten ganze zehn Jahre brauchten, um im Globalen Süden anzukommen – und durch die hohen Preise unbezahlbar waren (Otieno in Veit 2024, S. 308). Damals verklagten Pfizer und 41 weitere Pharmaunternehmen Südafrika, das angekündigt hatte, Patente auf HIV-Medikamente kurzzeitig aussetzen zu wollen, um die Ausbreitung von HIV zu stoppen (ebd.). Da wundert es wenig, dass das TRIPs-Abkommen (das völkerrechtlich bindende internationale Patentrecht) ursprünglich auf den Druck von Pharmaverbänden hin auf den Verhandlungstisch der WTO kam (S. 306 f.). Nicht zuletzt hat das Pochen auf Patente die grenzüberschreitende COVID-19-Krise für alle verlängert und dem Globalen Süden ökonomisch ungleich schwerer zugesetzt, wovon sich manche Länder bis heute nicht richtig erholt haben. Leider sieht es aktuell so aus, als ob Deutschland dabei ist, die gleichen Fehler angesichts der Mpox-Epidemie zu wiederholen (medico international 2024).

Im hypothetischen Falle der Aufhebung der Patente könnten andere Länder, insbesondere jene mit Erfahrung in der Medikamentenherstellung, auf Basis der erprobten Rezepturen viel mehr sowie günstigere Impfstoffe und Medikamente bereitstellen. Mit offenen Lizenzen an die Weltgesundheitsorganisation könnten Mpox-Impfstoffe im Globalen Süden für 3 Euro anstatt für bisher 90 Euro hergestellt werden (medico international 2024).

Technologietransfers könnten außerdem maßgeblich dazu beitragen, die Medikamentenproduktion in anderen Ländern neu aufzubauen. Industrialisierung würde so für alle nutzbar werden, anstatt nur für diejenigen, die in den richtigen Ländern geboren worden sind. Forderungen nach Technologie- und Wissenstransfers sind alles andere als neu, sondern wurden bereits in den 1970er-Jahren im Zuge der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung laut. Zur Medikamentenentwicklung könnte ein demokratischer, solidarischer, globaler Fonds geschaffen werden, in den alle einzahlen und zu dessen Medikamenten dann auch alle patentfrei Zugang bekommen (Otieno in Veit 2024, 314).

3.4.6 Geld- und Währungssouveränität

Staaten mit einer souveränen Währung können Geld kreieren, das heißt ganz simpel, mehr Banknoten drucken. Tatsächlich können dann damit öffentliche Ausgaben und Investitionen getätigt werden (Hickel 2021; Sylla 2020). Natürlich funktioniert das nicht grenzenlos, jedoch kann einer exzessiven Inflation mit einer Ausweitung der produktiven Kapazitäten sowie einer Reichensteuer entgegengewirkt werden (ebd.). Der modernen Geldtheorie nach sind es nicht ausländische Währungsreserven oder Wirtschaftswachstum, die eine ökonomische Transformation und Industrialisierung ermöglichen oder verunmöglichen, sondern dafür ausreichend sind die Ressourcen eines Landes, gekoppelt mit Arbeitskraft und einer souveränen Währung (ebd.).

Ein Hindernis dabei sind jedoch Schulden, die in ausländischer Währung, häufig US-Dollar, zurückgezahlt werden müssen. Wenn diese Schulden bei der Weltbank oder dem IWF aufgenommen wurden, ist es noch problematischer, da diese Institutionen die Praxis der Defizitfinanzierung verbieten (ebd.). Dementsprechend müssten Länder des Globalen Südens sich erst vom Joch der Gläubiger befreien, sei es durch Schuldentilgung oder einen geplanten Zahlungsausfall. Würden sich Schuldnerländer einigen, gemeinsam nicht zurückzuzahlen, wie das Thomas Sankara in den 1980er-Jahren vorschlug (Faye 2023, S. 25), würde dies ihre Position deutlich stärken. Jedoch empfiehlt Hickel (2021) den Schritt eines Zahlungsausfalls gegenüber Gläubigern, die eine Defizitfinanzierung nicht akzeptieren, gut vorzubereiten: Zu dem Zeitpunkt sollte das Land einen guten Selbstversorgungsgrad an Nahrungsmitteln und Strom erreicht haben, um den Bedarf an Importen zu verringern. Weiterhin wäre dies der Moment, um Industrialisierungspolitik über Handelsprotektionismus in Gange zu setzen und die Abhängigkeit von Importen, ausländischen Währungen und Gläubigern weiter zu verringern.

Die 14 west- und zentralafrikanischen Staaten, die die neokoloniale, von Frankreich abhängige Währung Franc CFA benutzen, können keine Defizitfinanzierung durch Ausweitung der Geldmenge betreiben, da sie ihre Währung durch die fest an den Euro gebundene Wechselkursrate nicht abwerten können (Pigeaud und Sylla 2018, S. 174). Zudem hält Frankreich ein De-facto-Vetorecht in den CFA-Zentralbanken. Ebenso wenig können in den CFA-Zonen Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden, da freier Kapitalfluss zwischen den zwei CFA-Zonen und Frankreich eins der Prinzipien dieser neokolonialen Währung ist.

Bei souveränen Währungen hingegen ist die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen eine mögliche Strategie, um die Abhängigkeit von ausländischen Investitionen zu reduzieren und die eigene Wirtschaft zu stärken. Diese bestehen aus Vorschriften, die den freien Fluss von Kapital aus einem Land heraus einschränken. Konkret bedeutet das, dass Investor*innen, Unternehmen und wohlhabende Personen eine Genehmigung einholen und gegebenenfalls Gebühren entrichten müssen, bevor sie ihre Gewinne oder Vermögenswerte ins Ausland transferieren können. Diese Strategie war weitverbreitet, bevor die Ideologie des Neoliberalismus in den 1980er-Jahren überhandnahm. Sie hält sowohl ausländische als auch lokale Währung länger im Land und unterstützt so die lokale Wirtschaft bei gleichzeitiger Reduzierung der Abhängigkeit von ausländischer Währung (Hickel 2021, UNCTAD 2020).

3.4.7 Starke transnationale Koalitionen für systemische Reparationen

Es gab in der Geschichte immer wieder Staaten des Globalen Südens, die sich in Koalitionen zusammengeschlossen haben, um gemeinsam ihre Interessen in einer für sie unvorteilhaften Weltwirtschaftsordnung zu vertreten und auf deren Umbau hinzuwirken. Ursprünglich aus 77 Staaten des Globalen Südens bestehend, ist die 1964 in den Vereinten Nationen gegründete G77 heute aus 134 Staaten zusammengesetzt. Sie ist eine Akteurin, die den Ländern des Südens die Möglichkeit bietet, ihre kollektiven wirtschaftlichen Interessen als Block mit verstärkter Verhandlungsmacht und -kapazität in der UN zu artikulieren.

Eine Gruppe von sogenannten Schwellenländern, Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, haben sich 2009 beziehungsweise 2010 in den BRICS zusammengeschlossen. Als geopolitische Konkurrenz zu den G7, haben sie eine eigene Entwicklungsbank und einen eigenen Reservefonds aufgebaut. Letzterer fordert die globale Dominanz des US-Dollar durch einen BRICS-Währungskorb heraus. Dieses Jahr sind Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Emirate den nun BRICS+ auf Einladung hin beigetreten. 20 weitere Länder scheinen sich bereits offiziell beworben und 40 weitere scheinen informell Interesse geäußert zu haben (Delcourt 2024). Während die BRICS es zweifelsohne geschafft haben, ein geopolitisches Gegengewicht zum Westen zu schaffen, gibt es Kritik, dass sie das Weltwirtschaftssystem eher reproduzieren als dessen Regeln zu verändern (ebd.): Trotz gegenteiliger Rhetorik sind Kredite durch die Hintertür doch mit IWF-Konditionalitäten verbunden. Auch gab es

bisher keinerlei Anstalten, die permanenten Sitze von Russland und China im UN-Sicherheitsrat zu demokratisieren. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit wirtschaftlich weniger starken Ländern bleiben in extraktivistischen Mustern und der Erschließung von neuen Absatzmärkten verhaftet. Insgesamt bleiben die BRICS einer neoliberalen, ausbeuterischen Marktlogik treu. Dies zeigt, dass es einen Globalen Norden im Globalen Süden gibt, denn es existieren zum einen auch innerhalb des Letzteren Machtasymmetrien zwischen einzelnen Ländern und zum anderen auch innerhalb der Länder enorme Ungleichheiten, basierend auf Klasse, Gender, ‚Rasse‘, Religion, Kaste etc. Für Menschen, die von ihren Ländereien vertrieben werden, um für Ressourcenausbeutung Platz zu machen, ist es jedoch relativ egal, ob das entsprechende Unternehmen nun aus einem Industrie-, Schwellen- oder gar aus dem eigenen Land kommt – der Verlust bleibt der gleiche.

Schon 1974 wurde auf UN-Ebene, von der G77 gestützt, eine ‚Neue Weltwirtschaftsordnung‘ beschlossen. Diese beinhaltete Empfehlungen, die teilweise auch heute noch sinnvoll wären (Veit und Fuchs 2024), zum Beispiel dem Globalen Süden als Ausnahmeregelung innerhalb der WTO-Regeln zu erlauben, sich zu Rohstoffkartellen zusammenzuschließen (Ajl 2021, 73). So könnten gerechte Preise durchgesetzt werden und den eklatanten Preisunterschieden zwischen unverarbeiteten Rohstoffen und weiterverarbeiteten Produkten könnte etwas entgegengesetzt werden.

Auch um andere Veränderungen anzustoßen, sei es in den Bereichen Demokratisierung beziehungsweise Neukonzeptionierung der internationalen Finanzinstitutionen, Ausarbeitung und Verankerung neuer Handelsregeln oder Einführung neuer Finanzierungsmechanismen für globale öffentliche Güter, bräuchte es starke internationalistische, zwischenstaatliche und zivilgesellschaftliche Koalitionen – eine Aufgabe, die nicht leicht zu bewältigen, aber dafür umso wichtiger ist, um Veränderung in großem Stile herbeizuführen.

3.4.8 Bewegungsfreiheit

In einer Welt voller Ungleichheit hat Migrationskontrolle ausgehend vom Globalen Norden die Funktion, Menschen des Globalen Südens davon abzuhalten, sich ihr Stück vom Kuchen selbst abzuschneiden. Man will es ihnen nicht zugestehen und das, obwohl 1) genügend Kuchen für alle da wäre, 2) sämtliche

Backzutaten im Süden ausgebeutet wurden, 3) Arbeitsmigrant*innen aus dem Globalen Norden (sogenannte ‚expats‘) es vor Ort vormachen, nicht nur Kuchen, sondern sogar Sahnetorte zu konsumieren und 4) man dem Süden Kuchenrezepte empfiehlt, bei denen der Kuchen ohne jede Konsistenz auseinanderbröseln, anstatt solche, die man selbst erprobt und perfektioniert hat.

Migrantische Rücküberweisungen waren 2023 knapp drei Mal so hoch wie Gelder der Entwicklungszusammenarbeit (siehe 3.1). In manchen Staaten des Globalen Südens machen sie sogar bis zu 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Arbeitsmigration ist somit – zumindest für jene, deren Familienmitgliedern

Slogan der deutschen Refugee-Bewegung, der unter anderem auf den Zusammenhang zwischen Migration und ausbeuterischer Wirtschaftspolitik hinweist (Karawane-Tour 2007).



sie möglich ist – ein machtvolleres Mittel zur Armutsbekämpfung, das zudem ohne bürokratische Umwege von den Empfänger*innen direkt in beispielsweise Bildung oder Gesundheit investiert werden kann. Militarisierte Grenzen und höchst restriktive Visavergaben verhindern jedoch eine einfache Migration von Süden nach Norden und damit auch eine Angleichung der Löhne (Hickel u. a. 2022, S. 9).

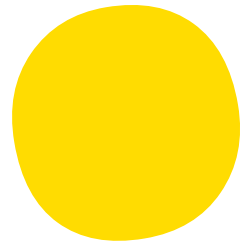
Das Jahr 2023 war mit 8.600 Toten und Vermissten auf Migrationsrouten das tödlichste Jahr für Migrant*innen weltweit, das ist ein Anstieg um 20 Prozent im Verhältnis zum Vorjahr (IOM 2024). Dieser Trend sollte die Alarmglocken insbesondere derjenigen schrillen lassen, die dafür verantwortlich sind, dass Migrationsrouten immer tödlicher werden. Knapp die Hälfte davon (4.110 Personen) starb im Meer auf dem Weg nach Europa (UNHCR 2024). Seit 2015 wurden etwa 30.000 Tote und Vermisste im Mittelmeer und Atlantik offiziell registriert, die Dunkelziffer liegt natürlich viel höher (ebd.). Das ist die Konsequenz einer massiv ungleichen Welt, der es an zugänglichen legalen Migrationswegen fehlt. Stattdessen verlegt die EU ihre Außengrenzen über Migrationsabkommen mit sogenannten Transitstaaten – oftmals handelt es sich dabei um für die Verletzung von Menschenrechten berüchtigte Diktaturen – de facto bis in den afrikanischen Kontinent oder auch bis in die Türkei und finanziert so die strukturelle Verletzung der Menschenrechte von Migrant*innen durch Diktaturen.

Der Rahmen von Städte- oder Länderpartnerschaften bietet Berlin und anderen Bundesländern die Möglichkeit, Nord-Süd-Mobilität zu fördern, um gemeinsame Projekte „gleichberechtigt, nachhaltig und lebendig“ umzusetzen (EineWeltStadtBerlin). Dies kann auch (zirkuläre) Arbeitsmigration umfassen, allerdings ist hier Vorsicht geboten, da so gleichzeitig dem Globalen Süden qualifizierte Arbeitskräfte entzogen werden (sogenanntes ‚brain drain‘). Um einen Mangel an wichtigen Berufen wie medizinischem Personal im Globalen Süden zu vermeiden, wäre es nötig, anstatt qualifiziertes Fachpersonal im Ausland anzuwerben, bereits zu uns geflüchteten Menschen zu erlauben zu arbeiten, eine Ausbildung zu machen und vorhandene ausländische Ausbildungen leichter anzuerkennen. Auch die Hemmschwellen für Ausbildungs- und Studienvisa zu verringern wäre hilfreich, um Bewegungsfreiheit zu fördern und nebenbei dem aktuellen Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen. Wenn man sich vor Augen führt, dass der europäische Kolonialismus zur globalen Migration von Europäer*innen und zur wirtschaftlichen Ausbeutung

von Ressourcen zugunsten Europas führte, kommt es einem recht absurd vor, Menschen aus den ehemaligen Kolonien ein Recht auf ungleichheitsinduzierte Migration zu verweigern. Im Gegenteil, könnte man aus dieser historischen Verantwortung eine Verpflichtung ehemaliger Kolonialmächte ableiten, ihre Grenzen insbesondere für Menschen aus den ehemaligen Kolonien zu öffnen (Achieme 2019, S. 1573). Somit könnte Bewegungsfreiheit neben monetärer Entschädigung und vor allem einem Umbau der Weltwirtschaft als eine weitere Form von Reparationen und dementsprechend als eine Form von Dekolonisierung angesehen werden, die beinahe nebenbei zu einer Umverteilung von Reichtum führen würde.

4

Fazit



Dieses Wirtschaftsgutachten versucht den Blick auf das Wesentliche zu lenken. Das Wesentliche, was nötig ist, um in Zeiten multipler Krisen ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Neokoloniale, ausbeuterische Strukturen müssen abgeschafft und durch solidarische globale Strukturen ersetzt werden. Dafür braucht es ausreichend Mut, um einem unsolidarischen Wirtschaftssystem, welches auf Konkurrenz, Privateigentum und Ausbeutung beruht und die Ungleichheiten weltweit immer weiter ansteigen lässt, endgültig den Rücken zuzukehren. Stattdessen ist es dringend an der Zeit, wie schon Thomas Sankara postulierte, zu „wagen, die Zukunft neu zu erfinden“. Globale Krisen wie die Klimakrise, Pandemien oder immer tödlicher werdende Migration lassen sich nicht auf nationaler Ebene lösen. Ebenso wenig gilt dies für wirtschaftliche Ausbeutung, denn entschwindet ein Land seiner ausgebeuteten Position, wird es im globalen Kapitalismus schnell selbst zum Ausbeuter, wie das Beispiel der BRICS zeigt. Darüber hinaus findet Ausbeutung selbstverständlich noch auf anderen als der internationalen Ebene statt: Die Klassenfrage, illustriert durch extrem reiche politische Eliten im Globalen Süden sowie Unternehmens-Milliardäre im Globalen Norden, spielt ebenso eine Rolle wie das Patriarchat, das von unbezahlter Care-Arbeit durch Frauen* profitiert.

Deswegen brauchen wir vielfältige, starke, transnationale Koalitionen, um unsere Weltwirtschaftsordnung zu dekolonisieren. Von lokaler bis internationaler Politik, Zivilgesellschaft und Graswurzelbewegungen sind alle gefragt, um gemeinsam die Gemeinwohlinteressen der Menschheit und damit unseren Planeten gegen multinationale Konzerne, träge bis rechte Regierungen sowie undemokratische internationale Institutionen zu verteidigen.

Quellen/Literatur

- Achieme, Tendayi. 2019. „Migration As Decolonization“. *Stanford Law Review* 71(1509). <https://papers.ssrn.com/abstract=3330353> (4. Oktober 2024).
- Ahrens, Sandra. 2024. „Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln in Deutschland“. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/659012/umfrage/selbstversorgungsgrad-mit-nahrungsmitteln-in-deutschland/> (3. Oktober 2024).
- Amato, Massimo und Luca Fantacci. 2012. *The End of Finance*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Ajl, Max. 2021. „Energy Use, Degrowth, and the Green New Deal“. In *A People's Green New Deal*, Pluto Press, 57–74. <https://doi.org/10.2307/j.ctv1p3xjwp.8>.
- Ärzte Ohne Grenzen. 2021. „Reiche Länder horten 870 Millionen überschüssige Dosen Impfstoff“. <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/Impfdosen> (10. Oktober 2024).
- Banse, Frauke, Franziska Müller, Anil Shah, und Aram Ziai, hrsg. 2021. „Finanzialisierung und Entwicklungspolitik“. *Peripherie* 162–163.
- BMZ und Referat für Geschlechtergerechtigkeit. 2023. „Feministische Entwicklungspolitik: Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit“ hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).
- Brand, Ulrich, und Markus Wissen. 2017. *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.
- Bundeszentrum für Ernährung (BZfE). „Selbstversorgungsgrad in Deutschland“. <https://www.bzfe.de/service/news/aktuelle-meldungen/news-archiv/meldungen-2023/maerz/selbstversorgungsgrad-in-deutschland/> (3. Oktober 2024).
- Chang, Ha-Joon. 2005. *Kicking away the ladder? Development strategy in historical perspective*. London: Anthem Press. http://scans.hebis.de/HEBCGI/show.pl?10762272_toc.pdf (3. Oktober 2024).
- Cope, Zak. 2019. *The Wealth of Some Nations. Imperialism and the Mechanism of Value Transfer*. London: Pluto Press.
- Delcourt, Laurent. 2024. „BRICS+ : A Critical Perspective“. *Centre tricontinental*. <https://www.cetri.be/BRICS-a-critical-perspective> (25. Oktober 2024).
- EineWeltStadtBerlin. „Städtepartnerschaften“. <https://eineweltstadt.berlin/wie-wir-arbeiten/staedtepartnerschaften/> (4. Oktober 2024a).
- EineWeltStadtBerlin. „Wirtschaft: Was wir fordern“. <https://eineweltstadt.berlin/themen/wirtschaft/was-wir-fordern/> (4. Oktober 2024b).

- European Commission. 2023. „EU Launches Consultation on Use of Enforcement Regulation on Indonesian Nickel Export Restrictions - European Commission“. https://policy.trade.ec.europa.eu/news/eu-launches-consultation-use-enforcement-regulation-indonesian-nickel-export-restrictions-2023-07-07_en (10. Oktober 2024).
- European Network on Debt and Development. 2024. „Who Profits from the Global Gateway? The EU's New Strategy for Development Cooperation“. Eurodad. https://www.eurodad.org/who_profits_from_the_global_gateway_the_eu_s_new_strategy_for_development_cooperation (10. Oktober 2024).
- Faye, Fiona. 2023. „Burkina Faso Under the Presidency of Thomas Sankara – A Post-Developmental State?“ Masterarbeit. Universität Kassel, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Fachgebiet Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien. <https://doi.org/10.17170/kobra-202305027922>.
- Germanwatch. 2024. „Der Globale Erdüberlastungstag 2024“. <https://www.germanwatch.org/de/overshoot> (30. September 2024).
- Greenpeace. 2024. „Umweltschutz und Menschenrechte im Lieferkettengesetz“. <https://www.greenpeace.de/engagieren/nachhaltiger-leben/umweltschutz-menschenrechte-lieferkettengesetz> (22. Oktober 2024).
- Grieger, Gisela, und Samy Chahri. 2024. „International Trade Dispute Settlement“ hrsg. EPRS, European Parliamentary Research Service. Members' Research Service PE 762.342.
- Hertanti, Rachmi. 2023. „Between a Mineral and a Hard Place: Indonesia's Export Ban on Raw Minerals“ hrsg. Transnational Institute. <https://www.tni.org/en/article/between-a-mineral-and-a-hard-place> (24. Oktober 2024).
- Hickel, Jason. 2017. „Aid in Reverse: How Poor Countries Develop Rich Countries“. The Guardian. <https://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2017/jan/14/aid-in-reverse-how-poor-countries-develop-rich-countries> (27. September 2024).
- Hickel, Jason. 2021. „How to Achieve Full Decolonization“. New Internationalist. <https://newint.org/features/2021/08/09/money-ultimate-decolonizer-fjf> (29. Mai 2023).
- Hickel, Jason, Christian Dorninger, Hanspeter Wieland, und Intan Suwandi. 2022. „Imperialist Appropriation in the World Economy: Drain from the Global South through Unequal Exchange, 1990–2015“. LSE Research Online Documents on Economics. <https://ideas.repec.org/p/ehl/lserod/113823.html> (23. September 2024).
- Hickel, Jason, Dylan Sullivan, und Huzaifa Zoomkawala. 2021. „Plunder in the Post-Colonial Era: Quantifying Drain from the Global South Through Unequal Exchange, 1960–2018“. New Political Economy 26(6): 1030–47. <https://doi.org/10.1080/13563467.2021.1899153>.
- Initiative pour la Transparence dans les Industries Extractives du Sénégal (ITIE). 2024. „Contrats pétroliers“. https://www.itie.sn/?page_id=10100 (8. Oktober 2024).

IOM. 2024. „Deadliest Year on Record for Migrants with Nearly 8,600 Deaths in 2023“. International Organization for Migration. <https://www.iom.int/news/deadliest-year-record-migrants-nearly-8600-deaths-2023> (25. Oktober 2024).

Jakob, Christian, und Simone Schindwein. 2017. Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert. Berlin: Ch. Links Verlag.

Kaiser, Jürgen. 2013. One made it out of the debt trap. Lessons from the London Debt Agreement of 1953 for current debt crises. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

KNOMAD/Weltbank. 2024. „Migration and Development Brief 40“. <https://www.knomad.org/publication/migration-and-development-brief-40> (9. Oktober 2024).

Konzeptwerk Neue Ökonomie. 2024. „Bausteine für Klimagerechtigkeit: Klimaschulden & Reparationen“. https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2024/07/Dossier_Klimaschulden_digital.pdf (3. Oktober 2024).

Kößler, Reinhart. 2020. „Namibia“ hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54796/namibia/> (11. Oktober 2024).

Kulla, Dorothea, Priscilia Amoussou, Ambroise Yawédeou Dognon, Tankpinou Rémy Gbèdé, Maximilian Graser, Kouété Paul Jimmy, Sakiratou Karimou, Agoussoussi Thierry Kinkpet, und Kai A. Klause. 2021. The Impact of Chicken Imports on the Beninese Poultry Industry: Analysis of Trade Issues, Consumer Preferences and Production Systems to Strengthening the Competitiveness of the National Sector. 1st edition. Berlin: SLE, Seminar für Ländliche Entwicklung, Humboldt-Universität zu Berlin.

La Via Campesina. 2022. „La Via Campesina Calls on States to Exit the WTO and to Create a New Framework Based on Food Sovereignty“. <https://viacampesina.org/en/la-via-campesina-calls-on-states-to-exit-the-wto-and-to-create-a-new-framework-based-on-food-sovereignty/> (3. Oktober 2024).

La Via Campesina. 2024. „La Via Campesina Urges UN Trade and Development (UNCTAD) to Support a Food Sovereignty-Based Global Trade Framework“. <https://viacampesina.org/en/la-via-campesina-urges-un-trade-and-development-unctad-to-support-a-food-sovereignty-based-global-trade-framework/> (3. Oktober 2024).

Lenggenhager, Luregn, Lena Bloemertz, und Romie Nghitevelekwa. 2021. „Turning Land into Money Land, Inequality, and Reforms in Namibia“. Journal 11(1): 3–21.

medico international. 2021. „Pressemitteilung, 07. Juni 2021 – Aktionswoche für Patentfreigabe in Berlin: Bundesregierung muss Blockadehaltung aufgeben“. <https://www.medico.de/aktionswoche-fuer-patentfreigabe-in-berlin-bundesregierung-muss-blockadehaltung-aufgeben> (7. Oktober 2024).

medico international. 2024. „Pressemitteilung, 27.08.2024 – Mpox-Ausbruch: ‚Eine Aussetzung der Pharma-Patente ist geboten‘“. <https://www.medico.de/mpox-ausbruch-eine-aussetzung-der-pharma-patente-ist-geboten> (10. Oktober 2024).

Melber, Henning. 2018. „The Battles over Land in Namibia“. Africa is a country. <https://africasacountry.com/2018/12/the-battles-over-land-in-namibia> (11. Oktober 2024).

- Melber, Henning. 2021. „Deutsche Kolonialgeschichte als Gegenwart: Land und Entwicklung in Namibia“. Zeitschrift für Menschenrechte 15(1): 10–25.
- Melber, Henning. 2024. *The Long Shadow of German Colonialism. Amnesia, Denialism and Revisionism*. London: Hurst
- Melber, Henning, Uma Kothari, Laura Camfield, und Kees Biekart, hrsg. 2024. *Challenging Global Development: Towards Decoloniality and Justice*. Cham: Springer Nature Switzerland. <https://doi.org/10.1007/978-3-031-30308-1>.
- Misereor und Erlassjahr. 2024. „Schuldenreport 2024“. <https://erlassjahr.de/produkt/schuldenreport-2024/> (28. Oktober 2024).
- Nyaungwa, Nyasha. 2024. „Namibian communities demand return of land in dispute over German genocide legacy“. Reuters. <https://www.reuters.com/world/africa/namibian-communities-demand-return-land-dispute-over-german-genocide-legacy-2024-03-07/> (11. Oktober 2024).
- OECD. 2024. „Official Development Assistance (ODA) in 2023“. <https://public.flourish.studio/story/2315218/> (28. Oktober 2024).
- ovaherero traditional authority and the nama traditional leaders association. 2023. „PRESS STATEMENT ON THE COMMUNICATION OF THE UNITED NATIONS SPECIAL RAPPORTEURS TO THE GERMAN AND NAMIBIAN GOVERNMENTS REGARDING THE INTERSTATE NEGOTIATIONS BETWEEN THE TWO GOVERNMENTS LEADING TO THE JOINT DECLARATION ISSUED ON 27 APRIL 2023 IN WINDHOEK, NAMIBIA“.
- Parnreiter, Christof, Laszlo Steinwärdler, und Klara Kolhoff. 2024. „Uneven Development through Profit Repatriation: How Capitalism’s Class and Geographical Antagonisms Intertwine“. *Antipode* 56(6): 2343–67. <https://doi.org/10.1111/anti.13089>.
- Pigeaud, Fanny, und Ndongo Samba Sylla. 2018. *L’Arme Invisible de la Françafrique. Une histoire du franc CFA*. Paris: Editions La Découverte.
- PowerShift. 2019. „Berlin: Rohstoffwende und Energiewende im Fokus“. <https://power-shift.de/berlin-rohstoffwende-energiewende/> (24. Oktober 2024).
- PowerShift. 2022. „Gerechte Handelspolitik-Fokus Lateinamerika“. <https://power-shift.de/campaign/gerechte-handelspolitik-lateinamerika/> (24. Oktober 2024).
- PowerShift, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL), attac, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL), Forum Umwelt und Entwicklung, und NaturFreunde Deutschlands e.V., hrsg. 2022. „Regionalisierung der Landwirtschaft“. <https://power-shift.de/reisefuehrer-lokal-regional-voll-genial/> (24. Oktober 2024).
- Rapp, Jean Philippe. 1986. „Interview de Jean Philippe Rapp réalisé en 1985 : “Oser inventer l’avenir”“. In Thomas Sankara parle: la révolution au Burkina Faso, 1983–1987, <https://www.thomassankara.net/interview-de-jean-philippe-rapp-realise-en-1985-oser-inventer-lavenir/> (18. April 2024).

Rohmah, Ainur. 2024. „Indonesia Defies WTO in EU Nickel Dispute“. Asia Sentinel. <https://www.asiasentinel.com/p/indonesia-defies-wto-eu-nickel-dispute> (10. Oktober 2024).

SAPRIN (Structural Adjustment Participatory Review Initiative Network). 2004. The policy roots of economic crisis and poverty. A multi-country participatory assessment of structural adjustment, London: Zed Books.

Schmieg, Evita, und Bettina Rudloff. 2016. „Die Zukunft der WTO nach der Ministerkonferenz in Nairobi“ hrsg. Stiftung Wissenschaft. SWP-Aktuell 9. hrsg. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/SWP_WTO%20nach%20Nairobi.pdf (03.November 2024)

Scown, Murray W., Mark V. Brady, und Kimberly A. Nicholas. 2020. „Billions in Misspent EU Agricultural Subsidies Could Support the Sustainable Development Goals“. *One Earth* 3(2): 237–50. <https://doi.org/10.1016/j.oneear.2020.07.011>.

Sylla, Ndongo Samba. 2020. „Modern Monetary Theory in the Periphery: What Does MMT Have to Offer Developing Nations?“ <https://www.rosalux.de/en/news/id/41764/modern-monetary-theory-in-the-periphery> (25. September 2024).

Sylla, Ndongo Samba, Andrew M. Fischer, Annina Kaltenbrunner, und Sreerekha Sathi. 2024. „Global Reparations within Capitalism: Aspirations and Tensions in Contemporary Movements for Reparatory Justice“. *Development and Change*: 1–41. <https://doi.org/10.1111/dech.12855>.

The Guardian. 2024. „The Brutal Truth behind Italy’s Migrant Reduction: Beatings and Rape by EU-Funded Forces in Tunisia“. The Guardian. <https://www.theguardian.com/global-development/2024/sep/19/italy-migrant-reduction-investigation-rape-killing-tunisia-eu-money-keir-starmer-security-forces-smugglers> (27. September 2024).

Theurer, Karina. 2023. „Minimum Legal Standards in Reparation Processes for Colonial Crimes: The Case of Namibia and Germany“. *German Law Journal* 24(7): 1146–68. <https://doi.org/10.1017/glj.2023.81>.

Tunn, Johanna, Tobias Kalt, Franziska Müller, Jenny Simon, Jesko Hennig, Imeh Ituen, und Nina Glatzer. 2024. „Green hydrogen transitions deepen socioecological risks and extractivist patterns: evidence from 28 prospective exporting countries in the Global South“. *Energy Research & Social Science* 117: 1–11. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2024.103731>.

UN News. 2021. „Climate and Weather Related Disasters Surge Five-Fold over 50 Years, but Early Warnings Save Lives – WMO Report“. <https://news.un.org/en/story/2021/09/1098662> (3. Oktober 2024).

UNCTAD. 2020. *Topsy-Turvy World: Net Transfer of Resources From Poor to Rich Countries*. United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) Policy Brief 78. <https://doi.org/10.18356/042b3536-en>.

UNCTAD. 2021. *From Recovery to Resilience: The Development Dimension*. Trade and Development Report 2021.

UNCTAD. 2024. GLOBAL FDI IN 2023 WAS WEAK, WITH LOWER FLOWS TO DEVELOPING COUNTRIES GREENFIELD INVESTMENT STABLE, PROJECT FINANCE AND M&As SIGNIFICANTLY LOWER. Investment Trends Monitor N° 46.

UNHCR. 2024. „Situation Europe Sea Arrivals“. <https://data.unhcr.org/en/situations/europe-sea-arrivals> (22. Oktober 2024).

Veit, Alex. 2024. „Das TRIPS-Abkommen und koloniale Kontinuitäten in der Pandemiepolitik: Ein Interview mit Eric Otieno Sumba“. In Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die „New International Economic Order“ und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen, Neue Ökonomie, hrsg. Alex Veit und Daniel Fuchs. Bielefeld: transcript Verlag, 299–316. <https://doi.org/10.1515/9783839468814-014>.

Veit, Alex, und Daniel Fuchs, hrsg. 2023. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die „New International Economic Order“ und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen. Bielefeld: transcript.

Veit, Alex, und Daniel Fuchs. 2024. „Der radikale Reformismus der New International Economic Order und die Elemente einer NIEO2“. In Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die „New International Economic Order“ und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen, Neue Ökonomie, hrsg. Alex Veit und Daniel Fuchs. Bielefeld: transcript Verlag, 13–42. <https://doi.org/10.14361/9783839468814>.

Wuppertal Institut. 1997. Zukunftsfähiges Deutschland: Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. hrsg. BUND und Misereor. Berlin: Birkhäuser Verlag. <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/45> (22. Oktober 2024).

Ziai, Aram. 2007. Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd-Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter von neoliberaler Globalisierung und neuer Weltordnung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Ziai, Aram. 2020. „Neocolonialism in the Globalised Economy of the 21st Century: An Overview“. Momentum Quarterly – Zeitschrift für sozialen Fortschritt 9(3): 128–40. <https://doi.org/10.15203/momentumquarterly.vol9.no3.p128-140>.

Fotos:

S. 16: Tahir Della;

S. 24: Quelle: [https://www.cadtm.org/Le-Contre-sommet-des-peuples-a-Marrakech-la-premiere-pierre-d-un-renouveau](https://www.cadtm.org/Le-Contre-sommet-des-peuples-a-Marrakech-la-premiere-pierre-d-un-renouveau;);

S. 28: Quelle: <https://www.thomassankara.net/le-sport-collectif-du-gouvernement-la-nieme-victoire-post-mortem-de-thomassankara-sur-les-rectificateurs-de-issaka-herman-traore/>;

S. 30: Quelle: <https://www.bilaterals.org/?nouvel-accord-acp-ue-quelle&lang=en>;

S. 37: Quelle: <https://thumafoundation.org/project/feesmustfall-funding/>;

S. 38: Uwe Hicksch;

S. 43: Quelle: <https://thecaravan.org/node/4792>

Impressum

Herausgeberin:

Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit bei Decolonize Berlin e. V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
www.decolonize-berlin.de
info@decolonize-berlin.de

Gestaltung und Illustrationen:

Planet Neun – Kommunikation in Wort und Bild, planet-neun.de

Herstellung:

Pinguin Druck GmbH, Berlin

**Redaktion:**

Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Diese Veröffentlichung wurde gefördert durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe).

Lektorat:

Planet Neun – Kommunikation in Wort und Bild, planet-neun.de

Für die Inhalte der Publikation ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder.

Copyright:

bei der Redaktion und den Autor*innen

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	BERLIN	
--	---	---------------	--

